



Prof. Dr. Dorothea Schäfer, Forschungsdirektorin Finanzmärkte am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

Geborgtes Vertrauen auch nach zehn Jahren Dauerfinanzkrise

Am 9. August 2007 kam die verheerende Wucht der sinkenden US-Immobilienpreise endgültig im europäischen Bankensystem an. Zum ersten Mal seit dem 11. September 2001 pumpte die EZB wieder Milliardensummen in den Bankensektor. Der Geldmarkt war dabei auszutrocknen. Zu groß war das Misstrauen geworden, faule US-Hypothekenscheine könnten die Gegenpartei ins Schlingern bringen und schließlich zahlungsunfähig machen. Zehn Tage vorher hatte die deutsche Mittelstandsbank IKB wegen Fehlspekulationen mit US-Subprime-Anleihen eine dramatische Schieflage eingestehen müssen. Offensichtlich war sie kein Einzelfall, das Problem war systemisch.

Jahrzehntelang war Deutschland von Finanzkrisen verschont geblieben. Im August 2007 und in den Monaten danach mochten nur wenige glauben, dass sich auf den Finanzmärkten ein Flächenbrand ungeahnten Ausmaßes anbahnte, zumal die Börsenbarometer als Frühwarnsysteme wenig taugten. Gut ein Jahr nach der milliarden schweren Notfalloperation der EZB im August 2007 war Lehman Brothers pleite und das internationale Finanzsystem stand vor dem Zusammenbruch.

In den vergangenen zehn Jahren haben wir gelernt, dass sich Finanzkrisen zu hartnäckigen Dauerkrisen auswachsen können. Seit dem August 2007 stützen Staaten und Zentralbanken explizit oder implizit das Finanzsystem. Die Banken sind zwar viel stärker reguliert als vor zehn Jahren, über die Wirkung dieser komplexen Regulierung wissen wir indes wenig. Tendenziell sind kleine Banken dadurch benachteiligt. Die Großbanken haben zwar mehr Kapital als zu Beginn der Finanzkrise, aber niemand wird sich der Illusion hingeben, dass drei Prozent der Bilanzsumme ausreichen, um Banken krisenfest zu machen. Den Großbanken wird Geld anvertraut, Kredite werden gewährt und Bankenaktien gekauft, weil die Zentralbanken jederzeit mit Liquidität bereit stehen und die staatlichen Budgets nach wie vor „stille“ Garantgeber sind.

In den zehn Jahren seit der ersten Liquiditätsspritze hat sich dies nicht geändert. Die relative Ruhe im Finanzsystem beruht auf geborgtem Vertrauen, geborgt von Zentralbanken und Steuerzahlerinnen und -zahlern. Für die dringendsten Probleme, die Eigenkapitalarmut der Großbanken und die Milliarden an notleidenden Krediten, die sich vor allem in den Büchern der Banken der Krisenländer türmen, fehlen praktikable Lösungen.

Warum ist gerade die Eigenkapitalarmut der Großbanken so gefährlich? Weil Großbanken trotz Bail-in-Regeln nicht abwickelbar sind. Es ist müßig darauf zu warten, dass Europas Großbanken freiwillig ihre Verschuldung zugunsten von Eigenkapital zurückfahren. Eine hohe Verschuldung bedeutet eine hohe Eigenkapitalrendite, bedeutet „gute“ Leistung des Managements und damit hohe Boni – wenn alles gut geht. Und wenn es nicht gut geht, greift die stille Garantie der Steuerzahlerinnen und -zahler. Es mag sein, dass Manager dann ihren Posten verlieren. Weil aber der Fortbestand ihrer Bank quasi garantiert ist, verlieren sie darüber hinaus kaum etwas, nicht ihre Pensionen und nicht ihre Abfindungen.

Die Politik ist hier am Zug. Sie muss Großbanken endlich ein robustes Eigenkapitalgerüst aufzwingen, bei dem zumindest die Hoffnung besteht, dass es ihnen ermöglicht, auch eine längere Krise aus eigener Kraft zu überstehen. Eine üppige Eigenkapitalausstattung würde auch Spekulanten den Wind aus den Segeln nehmen, die beim kleinsten Gerücht den Lehrverkaufsturbo anwerfen. Wenn klar ist, dass Verluste leicht weggesteckt werden können, lassen sich auch weniger Investoren von Spekulanten anstecken, die gegen die Aktie wetten. Und die Politik muss sich von der Illusion befreien, dass notleidende Kredite in den Büchern der europäischen Banken dadurch abgebaut werden könnten, dass sie auf einem integrierten europäischen Kapitalmarkt an Nichtbanken verkauft werden. Ohne Bad-Banks und staatliche Zwischenfinanzierung wird es nicht gehen.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Mollerstrom, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Crijte Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Claudia Cohnen-Beck
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Markus Reiniger
Mathilde Richter
Miranda Siegel
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Karl Brenke

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.